

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG

5. März 2019

Iran: Lasst die acht Umweltaktivisten frei! Unfares Verfahren mit falschen Spionagevorwürfen!

Die Umweltaktivisten wurden im Iran wegen Spionage angeklagt. Sie hatten bei ihren Beobachtungen gefährdeter Tierarten Fotokameras benutzt. Ihnen könnte die Todesstrafe drohen oder mehr als 10 Jahre Haft, sagte Amnesty International. Das Urteil wird in den nächsten Tagen erwartet.

Die acht Wissenschaftler hatten mit einer iranischen Umweltstiftung gearbeitet. Sie wurden Ende Januar 2018 inhaftiert. Sie hatten im Bereich der gefährdeten Tiere im Iran geforscht, darunter waren Geparden und persische Leoparden. Es gibt Hinweise, dass sie gefoltert und misshandelt wurden. Sie waren lange in Einzelhaft gefangen, um schneller „Geständnisse“ zu erhalten.

„Der Schutz gefährdeter Tiere kann kein Verbrechen sein. Diese Aktivisten sind Wissenschaftler, die eine legale Forschung betreiben. Es ist irrwitzig, dass sie ohne einen Beweis verfolgt und als Kriminelle behandelt werden,“ sagte Philip Luther, Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Die iranischen Behörden sollten sie unverzüglich und bedingungslos freilassen und die ungeheuerlichen Spionageanklagen fallenlassen.“

Die Behörden haben die Umweltaktivisten angeklagt, sie hätten wissenschaftliche Umweltthemen aufgegriffen, so die Spur des asiatischen Geparden fotografiert, in Wirklichkeit jedoch militärische Objekte ausspioniert. Dabei ist der Gebrauch von Kameras bei der Beobachtung gefährdeter Arten für Umweltaktivisten völlig normal.

Es waren insgesamt 9 Wissenschaftler, die am 24. und 25. Januar 2018 von den Revolutionsgardien verhaftet wurden. Einer von ihnen, Kavous Seyed-Emami, ein kanadischer Wissenschaftler, starb unter ungeklärten Umständen 14 Tage danach im Evin-Gefängnis. Die Behörden behaupten, er habe Suizid begangen. Sie verweigerten die Herausgabe der Leiche, die Familie sollte vorher einer Beerdigung ohne vorausgegangene unabhängige Obduktion zustimmen. AI hatte damals die iranischen Behörden aufgefordert, eine unparteiische Untersuchung der Todesumstände durchführen zu lassen.

Im Oktober 2018 wurden die Umweltschützer offiziell angeklagt. Vier von Ihnen, Niloufar Bayani, Houman Jowkar, Morad Tahbaz und Taher Ghadirian, wurden wegen „Korruption auf Erden“ angeklagt, das könnte zur Todesstrafe führen. Amirhossein Khaleghi, Sepideh Kashani und Abdolreza Kouhpayeh wurden wegen Spionage angeklagt, sie erwartet bei einer Verurteilung bis zu 10 Jahre Haft. Sam Rajabi wurde wegen „Zusammenarbeit mit feindlichen Staaten“ und „Versammlung und Verschwörung zu Straftaten gegen die nationale Sicherheit“ angeklagt. Das kann bis zu 11 Jahre Haft bedeuten.

„Die Anklagen gegen diese Wissenschaftler sind völlig unbegründet. Sie beziehen sich auf ihre friedliche Arbeit als Umweltaktivisten. Falls sie verurteilt werden, wäre das eine unerhörte Verspottung der Justiz und ein verheerender Schlag gegen die iranische Wissenschaftsgemeinde,“ sagte Philip Luther. „Die Tatsache, wie die iranischen Behörden die Umweltschützer schikanieren und einschüchtern, ist ein weiteres schlechtes Beispiel, wie friedliche Handlungen von den iranischen Behörden kriminalisiert werden. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich für die unverzügliche Freilassung dieser Wissenschaftler einsetzen!“

Hinweise für Misshandlung und unfairen Prozess

Die nicht öffentliche Verhandlung vor der Abt. 28 des Revolutionsgerichts in Teheran begann am 30. Januar 2019 und war außerordentlich unfair. Während ihrer Untersuchungshaft hatten die Angeklagten keinen Kontakt nach draußen, keine anwaltliche Vertretung und nur gelegentlich Kontakt zur ihren Familien. Nach seriösen Quellen waren bei den Familienbesuchen Zeichen von Misshandlungen zu sehen: zerstörte Zähne und blaue Flecken an den Körpern. Ebenfalls nach diesen Quellen scheint sich das Gericht fast gänzlich auf „Geständnisse“ berufen zu haben, die durch Folter erreicht wurden. Die Gefangenen nahmen diese „Geständnisse“ später zurück.

Niloufar Bayani gab vor Gericht an, dass sie ein „Geständnis“ machte, weil sie keinen Ausweg nach den körperlichen und physischen Misshandlungen sah. Sie hatte später das „Geständnis“ zurückgenommen. Sie gab an, dass ihr beim Verhör gedroht wurde, sie zu schlagen, sie unter halluzinogene Drogen zu stellen, ihr die Fingernägel zu ziehen und ihre Eltern zu verhaften. Sie zeigten ihr ein Dokument, dieses sei ihr Todesurteil. Sie zeigten ihr Bilder von dem toten Kavous Seyed-Emami, ihr könne ein gleiches Schicksal drohen.

An einem Prozesstag verwies sie der Richter des Raumes. Angeblich habe sie gestört, weil sie wiederholt darauf verwies, dass ihr zurückgenommenes „Geständnis“ trotzdem gegen sie und die anderen Umweltaktivisten verwandt wurde. Für die letzten drei Prozesstage war sie von den Verhandlungen ausgeschlossen.

AI ist nicht bekannt, ob den behaupteten Folttervorwürfen und Misshandlungen nachgegangen wurde.

„Diese erwähnten schrecklichen Vorwürfe von Folter und Misshandlung muss unverzüglich nachgegangen werden. Es ist entsetzlich, dass die Umweltaktivisten gezwungen waren, einen so fehlerhaften Prozess durchzustehen, und das mit falschen Anklagen,“ sagte Philip Luther.

Den Umweltaktivisten wurde während ihrer Untersuchungshaft und während des Prozesses kein Verteidiger ihrer Wahl beigegeben. Sogar im Gericht durften sie nicht mit den Anwälten sprechen. Die wiederholte Forderung von Sam Rajabi nach einem unabhängigen Verteidiger seiner Wahl wurde vom Richter zurückgewiesen, das blieb so während des gesamten Prozesses.

Im Mai 2018 besuchte ein Komitee von Mitgliedern der Innen-, Justiz- und Geheimdienstministeriums im Gefängnis. Sie fanden keine Beweise für eine Spionagetätigkeit. Von Regierungsstellen und auch aus der Umweltabteilung kamen Forderungen nach Freilassung der Wissenschaftler, sie wiesen auf den Mangel an Beweisen hin.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)